

16.10.2000

Mitteilung

Atomgutachter gewinnen auch in zweiter Instanz. Das Oberlandesgericht Frankfurt wirft dem Hess. Umweltministerium bei der Aufklärung eines nuklearen Unfalls in Hanau grob nachlässiges Handeln vor (9 U 139/99).

Die Gutachter der Arbeitsgemeinschaft Physikalische Analytik und Meßtechnik (ARGE-PhAM) hatten 1993 in einem Gutachten Hinweise auf einen verschwiegenen Nuklearunfall in Hanau vom Januar 1987 dokumentiert. Das Hess. Umweltministerium unterbrach daraufhin die Untersuchungen mit der nicht begründeten Behauptung der Schlechterfüllung. Dies, obwohl weitere fünf unabhängige Expertisen das offensichtlich unangenehme Ergebnis stützten und präzisierten. Gegen diesen Akt, verbunden mit der Weigerung der Honorarzählung, klagte der Projektleiter der ARGE mit Erfolg.

Das OLG wirft im rechtskräftigen Urteil vom 21.6.2000 dem Hess. Umweltministerium vor, seit Ende 1992 nichts veranlaßt zu haben, um die erforderlichen Umstände (bzgl. des Unfalls) zu ermitteln. Es habe zudem die prozessuale Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maß verletzt.

Erst im September 1999, d.h. nach Verjährungsfrist und Überschreitung der Vorlagefrist, führte das beklagte Umweltministerium ein Gutachten des Öko-Institutes/Darmstadt in den Prozeß ein, welches vom Gericht als nicht prozeß-relevant bewertet wurde. Fachlich gibt das Öko-Gutachten im Kontext mit den fünf anderen Expertisen eine zu erwartende Minderheitenmeinung wieder, da die Bewertungsgrundlagen überwiegend auf Angaben des Unfallverursachers beruhen, dem seltsamerweise die Beweissicherung und die Verschiebung des Unfalls in den Februar 1987 wegen bis dahin schwerer nachweisbarer Radioaktivität von der Atomaufsicht überlassen worden war.

